

Redebeitrag von Herrn Ministerpräsidenten Teufel

(deutscher Bundesrat)

bei der Konventsitzung am 7./8. November 2002

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist : Beginn der Debatte

Anrede,

die Vorschläge der Arbeitsgruppe „Ergänzende Zuständigkeiten“ bilden wichtige Bausteine, die sich hervorragend in die Architektur des Vorentwurfs des Präsidiums für einen Verfassungsvertrag einfügen. Ich kann dem Abschlussdokument weithin zustimmen und greife nur einige Fragen heraus.

1. Besonders begrüße ich, dass ein eigenständiger Titel im Verfassungsvertrag geschaffen werden soll, der neben den Kompetenzkategorien in präzisierter Form die Grundsätze der Subsidiarität, der Verhältnismäßigkeit und das Prinzip begrenzter Einzelermächtigung enthält. Dagegen bin ich immer noch nicht überzeugt, dass wir neben der Präambel des Vertrages und der Darstellung der „Werte der Union“ noch einen weiteren Artikel über die politischen Ziele benötigen.
2. Der Abschlussbericht und ebenso der Vorentwurf des Präsidiums sprechen sich für eine Aufteilung in ausschließliche Kompetenzen der Union, in geteilte Kompetenzen sowie für unterstützende Maßnahmen der Union aus. Dies scheint mir die richtige Grundlage für die Kompetenzordnung des Verfassungsvertrages zu sein. Ich bin überzeugt, dass wir uns gemeinsam über die entsprechende Zuordnung der einzelnen Tätigkeitsbereiche einigen können. Wichtig wäre, dass beide Teile des Verfassungsvertrages den gleichen Änderungsbedingungen unterliegen.
3. Besonders wichtig erscheint mir die nach dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe benannte „Christophersen-Klausel“, in der die bisher in Art. 6 Abs. 3 EU-Vertrag angesprochene Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten durch die Union verdeutlicht wird.

Sie sollte vor allem die innere Verfassungsordnung der Mitgliedstaaten umfassen, wozu besonders die regionale Gliederung und die kommunale Selbstverwaltung sowie der Status der Kirchen und Religionsgemeinschaften zu zählen sind.

4. Eine Regelung wie Art. 308 EG-Vertrag halte ich künftig für entbehrlich, wenn wir eine überzeugende Kompetenzordnung schaffen. Die Arbeitsgruppe möchte einen solchen Artikel jedoch erhalten. In diesem Falle begrüße ich es, dass für Rechtsakte weiterhin Einstimmigkeit gefordert wird. Für richtig hielte ich es aber, wenn diese Vorschrift nur noch in Ausnahmefällen zur Anwendung käme. Eine Klausel ähnlich Art. 308 darf künftig nur zur Abrundung vorhandener Kompetenzen dienen, keinesfalls aber zur Kompetenzerweiterung. Substantielle Änderungen und Erweiterungen der Unionszuständigkeiten müssen im Verfahren der Vertragsänderung erfolgen. Ich stimme der Arbeitsgruppe zu, dass Rechtsakte, die sich nicht bewährt haben, in einem erleichterten Verfahren zurückgenommen werden können.

5. Schließlich begrüße ich, dass sich der Abschlussbericht bei der Binnenmarktzuständigkeit für eine Präzisierung des Art. 95 EG-Vertrag im Bereich der „unterstützenden Maßnahmen“ ausspricht. Überlegenswert wäre in diesem Zusammenhang, Art. 95 EG-Vertrag künftig auf Maßnahmen auszurichten, die sich direkt und spürbar auf die Errichtung des Binnenmarktes auswirken und für die Verwirklichung der Grundfreiheiten zwingend erforderlich sind. Damit würden wir uns unnötige Konflikte und Prozesse beim Gerichtshof ersparen, die in der Vergangenheit dem Ansehen der Gemeinschaft geschadet haben.